

Absicht der Autoren zu erfassen (ebenda). Die Auswertung erfolgt in vier Schritten: Zuerst wird das Material gesichtet. Dies entspricht der in Kapitel 2.2 sowie 4.1 dargestellten Eingrenzung. Dann werden – zweitens – Fragestellungen festgelegt, anhand derer das Material durchgearbeitet werden kann. Die Frage nach der intendierten Beeinflussung nationaler Interventionsmöglichkeiten/Handlungsfähigkeit wird zu diesem Zweck aufgeteilt in folgende Unterfragen:

- In welchen Bereichen wurden finanzpolitische Vorgaben gemacht?
- Welche Begründungen gab es für das gemeinsame Vorgehen?
- Welche Ziele und Instrumente wurden genannt?

Da für eine sinnvolle Untersuchung des beabsichtigten Einflusses der Vorgaben auf die nationalstaatlichen Interventionsmöglichkeiten nicht nur Inhalt und Begründung, sondern auch die Form des gemeinsamen Vorgehens relevant ist, werden auch die angesprochenen Verfahren einbezogen. Die Dokumente werden in einem dritten Schritt anhand dieser Fragestellungen analysiert. Für die Ergebnisdarstellung (Schritt vier) werden die Vorgaben in jeder Phase bestimmten, sich aus der jeweilig vorliegenden Situation ergebenden Bereichen, z.B. Aufbau des Gemeinsamen Marktes, Wirtschafts- und Währungsunion, Sozialpolitik etc., zugeordnet. Durch diese Aufteilung entsteht ein anschaulicheres Bild der Vorgaben als durch eine Beschreibung anhand der drei Dimensionen Allokation, Distribution und Stabilisierung, die jedoch für die Zusammenfassung der Ergebnisse genutzt wird.

Methodisches Vorgehen bei der Analyse der den Vorgaben zugrunde liegenden Staatsverständnisse

Allgemeiner Überblick über die Methode

Zur Beantwortung der Frage, welche Staatsverständnisse den europäischen Vorgaben zugrunde lagen (2. Forschungsfrage), wird die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse angewandt.⁸² Qualitative Inhaltsanalyse kann definiert werden als »eine empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen« (Früh 1998: 24). Besonders wichtig ist der Aspekt der Intersubjektivität. Damit ist gemeint, dass das Vorgehen und die Ergebnisse der Untersuchung von anderen nachvoll-

82 Viele Anregungen für dieses Kapitel habe ich durch Prof. Margit Schreier und die von ihr geleitete Forschungswerkstatt »Inhaltsanalyse« des Forums Qualitative Sozialforschung (24.-25.6.2004, Berlin) erhalten, bei der das methodische Vorgehen dieser Arbeit exemplarisch diskutiert wurde.

zogen werden können (vgl. Rustemeyer 1992: 13). Voraussetzung hierfür ist eine systematische Vorgehensweise (vgl. Mayring 2007: 12). Diese wird dadurch erreicht, dass »[e]in Ausschnitt aus der sozialen Realität [...] nach definierten Regeln gemessen [wird], und diese Regeln [...] vom Forscher vorab im Untersuchungsinstrument festgelegt werden [müssen]« (Rössler 2005: 19). Durch diese Art des Vorgehens wird vermieden, sich bei der Textanalyse zu sehr von subjektiven Voreinstellungen leiten zu lassen und dadurch möglicherweise einige Textstellen stärker zu gewichten als andere. Dies würde zu einem verzerrten Verständnis der Bedeutung bzw. der Aussagen eines Textes führen (vgl. Rustemeyer 1992: 12). Ein regelgeleitetes und systematisches Vorgehen ist bei der Frage nach den Staatsverständnissen besonders deshalb wichtig, weil diese nicht eindeutig aus den Vorgaben hervorgehen und gleichzeitig die subjektiven Vorvermutungen recht stark sein können. Daher muss eine intersubjektiv nachvollziehbare Interpretation des Inhalts der Vorgaben geleistet werden. Die dementsprechend höhere Interpretationsleistung erfordert dementsprechend eine elaboriertere Methode als die Untersuchung der intendierten Beeinflussung von Handlungsfähigkeit.

Qualitative Inhaltsanalyse kann verschiedene *Formen* annehmen. Mayring, einer der Entwickler und wichtigsten Vertreter dieser Methode, unterscheidet drei Grundprinzipien der Textinterpretation, die einer Inhaltsanalyse zugrunde liegen können: Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung (vgl. Mayring 2007: 59ff). Bei der *Zusammenfassung* geht es darum, mit Hilfe von sogenannten ›Makrooperatoren‹ wie Generalisierung, Bündelung und Auslassung die Texte auf ihre wichtigsten Aussagen zu konzentrieren. Die *Explikation* verfolgt das Ziel, unklare Abschnitte weiter auszudeuten, indem zusätzliches Material wie Lexika, Nachschlagewerke, weitere Stellen aus dem zu untersuchenden Text o.ä. hinzugezogen werden. Bei der *Strukturierung* sollen bestimmte Aspekte – Thema, Autor, Rezipient, Situation – aus dem Material gefiltert bzw. die Struktur der Texte mittels bestimmter Kriterien herausgearbeitet werden. Für diese Arbeit ist das dritte Grundprinzip von Bedeutung, aus dem Material sollen bestimmte – thematische – Aspekte (Staatsverständnisse) herausgefiltert werden. Hierfür bietet sich die von Rustemeyer (1992) vorgeschlagene Vorgehensweise, auch ›komplexe Inhaltsanalyse‹ genannt, an.

Das *Prinzip* des strukturierenden inhaltsanalytischen Vorgehens besteht darin, das Material durch eine systematische Informationsentnahme auszuwerten. Zu diesem Zweck werden bestimmte Textteile intersubjektiv bestimmten Bedeutungsaspekten zugeordnet. Anders formuliert: Die für die Fragestellung relevanten Inhalte werden mit Hilfe eines vorher konstruierten Analyserasters gefunden, indem die Textstellen (Analyse-

einheiten) in das Raster eingeordnet werden (vgl. Gläser/Laudel 1999: 4). Diese Zuordnung von Analyseeinheiten zu Kategorien ist der entscheidende Interpretationsakt (vgl. Mayring 2005: 11).

Im Zentrum des inhaltsanalytischen Vorgehens steht somit die Bildung von Kategorien bzw. (in ihrer Gesamtheit) des *Kategoriensystems*. Kategorien können definiert werden als ›deskriptive Analyseraster‹ (Reinhoffer 2005: 125), formale und inhaltliche Kriterien, die an das Untersuchungsmaterial angelegt werden (vgl. Rössler 2005: 19). Sie können entweder deduktiv, d.h. aus Theorien und anderem Vorwissen, oder induktiv direkt aus dem zu analysierenden Material gewonnen werden. Für die vorliegende Arbeit bietet sich eine deduktive Vorgehensweise an: Die Kategorien werden aus den idealtypischen Staatsverständnissen abgeleitet. Dabei ist es wichtig, für jedes idealtypische Staatsverständnis möglichst viele Kategorien zu bilden, um offen zu sein für ›nicht-reine‹ Verständnisse. Auf diese Weise können auch für Verschiebungen zwischen den Staatsverständnissen bzw. Entwicklungen besser dargestellt werden. Für ein vollständiges inhaltsanalytisches Kategoriensystem ist eine sogenannte *Kategorienexplikation* erforderlich (vgl. Rustemeyer 1992: 92): Die Kategorien werden nicht nur benannt, sondern auch beobachtungssprachlich definiert, um sie im Text leichter auffinden zu können (vgl. ebenda: 63). Bei den europäischen Vorgaben bedeutet dies die Benutzung ökonomischer sowie juristischer Ausdrücke. Zusätzlich können die Kategorien mit einem Ankerbeispiel, d.h. einer prägnanten und eindeutigen Textstelle aus dem zu analysierenden Material, sowie (wo notwendig) Abgrenzungsregeln versehen werden, um die Nachvollziehbarkeit der Zuordnung zu gewährleisten (vgl. ebenda: 93). Auf diese Weise entsteht ein hierarchisches Kategoriensystem (vgl. Kuckartz 1999: 200), bestehend aus einigen Ober- und mehreren Unterkategorien, welche klar und nachvollziehbar definiert sind.

Für die Bildung des Kategoriensystems formuliert die inhaltsanalytische Literatur folgende *Gütekriterien* (vgl. Rustemeyer 1992: 104f⁸³)

Eindeutigkeit: Die Kategorien sollten eindeutig sein, um eine intersubjektive Zuordnung zu ermöglichen. Die Eindeutigkeit wird insbesondere durch die drei Schritte der Kategorienexplikation (deduktive Ableitung, textbezogene Verbalisierung, Ankerbeispiel und Abgrenzungsregeln) erreicht.

Exklusion bzw. Disjunktheit: Die Kategorien sollten sich gegenseitig ausschließen, sofern sie sich auch theoretisch ausschließen. Ist letzteres

83 Kuckartz (1999: 87) geht ähnlich vor, er nennt: theoretische Ableitung, eindeutige Definition, Unabhängigkeit voneinander, Eindimensionalität der Messung, Ausschließlichkeit und Vollständigkeit im Hinblick auf die Forschungsfrage.

nicht der Fall, kann eine Analyseeinheit auch mehreren Kategorien zugeordnet werden.

Erschöpfung/Vollständigkeit der Kategorisierung: Jede Analyseeinheit muss einer Kategorie zuordenbar sein. Es kann eine Kategorie ›Restgröße‹ gewählt werden, in die nicht-zuordenbare Analyseeinheiten fallen, die Anzahl letzterer sollte jedoch begrenzt sein.

Saturiertheit: Jeder Kategorie sollte mindestens eine Analyseeinheit zugeordnet werden können. Ausnahmen sind bei stark theoriegeleiteter Forschung möglich, vor allem wenn es um das Aufzeigen von Entwicklungen geht.

Im *Prozess des Codierens* werden die Analyseeinheiten (Textstellen) den Kategorien zugeordnet. Das Ergebnis ist dann weiter auswertbar, auch mit quantitativen Verfahren. Für die vorliegende Fragestellung bietet sich eine Frequenzanalyse an (vgl. Rustemeyer 1992: 126ff; Mayring 2007: 13f). Hiermit kann deutlich gemacht werden, wie stark einzelne Kategorien besetzt sind, d.h. wie viele Analyseeinheiten den jeweiligen Kategorien zugeordnet werden konnten.

Zusammengefasst sieht das Verfahren folgende Schritte vor. Ich orientiere mich hierbei vor allem an Rustemeyer (1992), ergänzend an Mayring (2007).

- **Praktische Vorbereitungen**
 - Auswahl des zu analysierenden Materials (Auswahleinheit), formale Charakterisierung (in welcher Form liegt es vor)
 - Analyse der Entstehungssituation
 - Festlegung der Analyseeinheit (formal oder inhaltlich)
- **Theoretische Vorüberlegungen**
 - Richtung der Analyse (Rückschlüsse auf Thema, Autor, Rezipient oder Situation)
 - Festlegung der Bedeutungsaspekte (theoriegeleitete Hypothesen oder Fragestellungen)
- **Vorbereitung der intersubjektiven Zuordnung**
 - Kategorienexplikation (deduktiv oder induktiv, Verbalisierung, Ankerbeispiel, Abgrenzungsregeln)
 - Test der Kategorien an einem Teil des Materials, induktive Ausdifferenzierung
- **Intersubjektive Zuordnung/Prozess des Codierens**
 - Zuordnung von Analyseeinheiten zu Kategorien
- **Auswertung**
 - Statistische Aufarbeitung, Zusammenfassung der Kategorisierungsdaten

Darstellung der Vorgehensweise

Die eben allgemein beschriebenen Schritte der Inhaltsanalyse sollen nun konkret für die empirische Untersuchung der Staatsverständnisse, wie sie in dieser Arbeit vorgenommen wird, dargestellt werden.

Praktische Vorbereitungen

Hinsichtlich der *Auswahleinheit* kann auf die inhaltliche Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands (vgl. Kapitel 2.2) sowie die Eingrenzung des Datenmaterials (Kapitel 4.1) verwiesen werden. Kurz gesagt handelt es sich bei dem zu analysierenden Material um alle Vorgaben des Europäischen Rates sowie des Rates für die mitgliedstaatliche Ausgabenpolitik in den Bereichen Subventionen, öffentliche Güter, Sozialausgaben und Konjunkturpolitik für den Zeitraum 1957-2004. Es wird eine Vollerhebung durchgeführt. Für die inhaltsanalytische Auswertung muss die vorgenommene Eingrenzung weiter spezifiziert werden: Es werden nur die Vorgaben ausgewertet, in denen sich klare Aussagen zum Staatsverständnis finden lassen, Dokumente, in denen lediglich allgemeine Ziele wie Wachstum und Beschäftigung auftauchen, werden demzufolge außen vor gelassen, da man hieraus kein Staatsverständnis ableiten kann. Formalisiert bedeutet dies: Es werden nur Vorgaben einbezogen, in denen sich mindestens zwei Analyseeinheiten finden, die sich aussagekräftigen (unterschiedlichen) Kategorien zuordnen lassen.⁸⁴ Dies ist insbesondere bei den recht allgemein gehaltenen Europäischen Verträgen nicht der Fall, auch die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates sind manchmal – was die thematisch passenden Stellen angeht – sehr kurz und allgemein gehalten. Wenn in den Vorgaben Bezug auf Zielsetzungen genommen wird, die auf anderen Treffen beschlossen wurden, werden diese nicht codiert.⁸⁵ Daraus ergibt sich die Anzahl von 130 Dokumenten, die in die Inhaltsanalyse einbezogen werden können. Zur formalen Charakterisierung des Materials: Die Vorgaben liegen in Kopie oder in elektronischer Form vor.

Die *Entstehungssituation* wird jeweils zu Beginn der Untersuchungsphasen dargelegt, daher kann hier darauf verzichtet werden.

Die *Analyseeinheit* wird inhaltlich bestimmt, indem in einem ersten Durchgang die relevanten Stellen markiert und in einem zweiten Durch-

84 Beispiel: Eine Vorgabe, die nur das Ziel Wachstum nennt, aber keine Strategie zur Erreichung, wird nicht in die Frequenzanalyse einbezogen.

85 Beispiel: Wenn in einem Dokument steht: »Beim Europäischen Rat in Lisabon wurde eine Wachstumsinitiative beschlossen«, codiere ich dies nicht, ich codiere nur, wenn in dem Dokument steht »folgende Maßnahmen zur Steigerung des Wachstums werden empfohlen.«

gang codiert werden.⁸⁶ Eine formale Eingrenzung (Artikel, Absätze oder Leitlinien) wäre nicht sinnvoll, da viele der zu untersuchenden Dokumente aufgrund ihrer thematischen Bandbreite nur in Teilen für die Arbeit relevant sind, überdies werden in einigen formal abgrenzbaren Einheiten (z.B. in einer Leitlinie) mehrere Themen angesprochen, die entsprechend mehrfach codiert werden können und sollen.

Theoretische Vorüberlegungen

Mit Hilfe der Inhaltsanalyse sollen, wie oben bereits gesagt, Rückschlüsse auf den thematischen Aspekt Staatsverständnis gezogen werden. Die Hauptfragestellung lautet dabei: Welches Staatsverständnis liegt den jeweiligen Vorgaben zugrunde? Dies kann in drei große Unterfragen – mit jeweils weiteren Unterpunkten – aufgeschlüsselt werden:

a. Einstellungen:

- Wird der Staat/staatliches Eingreifen in die Wirtschaft positiv oder negativ bewertet?
- Wird der Markt/marktliche Koordination positiv oder negativ bewertet?
- Soll der Staatshaushalt vergrößert, verringert oder umgeschichtet werden?
- Wird dem Unternehmertum eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung zugeschrieben?

b. Bedeutung sowie Wege zur Erreichung/Lösung folgender Ziele/Probleme:

- Beschäftigung/Arbeitslosigkeit
- Preisstabilität/Inflation
- Haushaltsausgleich/Haushaltsdefizit
- Konjunkturstabilisierung/Konjunkturkrisen
- Wachstum/Wachstumsschwäche

c. Aufgaben des Staates in den Bereichen Allokation, Distribution und Stabilisierung

- Allokation: Subventionen und öffentliche Güter mit allokativer Funktion
- Distribution: Sozialausgaben und öffentliche Güter mit distributiver Funktion
- Stabilisierung: Stabilisierung allgemein und automatische Stabilisatoren

⁸⁶ Vorschlag von Prof. Schreier in der Forschungswerkstatt »Inhaltsanalyse«.

Vorbereitung der intersubjektiven Zuordnung

Die *Kategorienexplikation* erfolgt deduktiv: Aus den idealtypischen Staatsverständnissen werden Antworten auf die oben entwickelten Fragen abgeleitet. Auf diese Weise entsteht das vollständige Kategoriensystem, welches aus über 70 Ober- und Unterkategorien besteht (s. Anhang I). Die Beschreibung der einzelnen Kategorien im Kategoriensystem erfolgt recht kurz, da hierfür auf das Theoriekapitel zurückgegriffen werden kann, wenn notwendig werden Abgrenzungsregeln formuliert. Das Kategoriensystem wird an einem Teil des Materials *getestet* und teilweise ergänzt oder anders formuliert, damit die Kategorien leichter auffindbar und eindeutiger zuordenbar sind. Die Kategorienexplikation ist mit Hilfe dieser Schritte präzise genug, auf Ankerbeispiele kann daher verzichtet werden.

Intersubjektive Zuordnung/Prozess des Codierens

In diesem Schritt werden die vorher festgelegten Analyseeinheiten den Kategorien aus dem Kategoriensystem zugeordnet. Dieser Schritt soll – um die Intersubjektivität der Zuordnung zu gewährleisten – möglichst von mehreren Codierern vorgenommen werden. Dies ist im Rahmen einer Dissertation jedoch nicht möglich, da die zeitliche Belastung für die weiteren Codierer nicht zumutbar wäre. Daher wähle ich das für Dissertationen übliche Vorgehen, das Material selbst doppelt zu codieren und zwar in zwei zeitlich auseinander liegenden Durchgängen.⁸⁷

Auswertung

In diesem letzten Schritt werden die Ergebnisse des Codierens mittels einer Frequenzanalyse ausgewertet. Bei der Frequenzanalyse wird für jede Kategorie dargestellt, wie viele Analyseeinheiten ihr zugeordnet werden können. Ich stelle allerdings nicht die absolute Häufigkeit der Analyseeinheiten pro Kategorie dar, sondern zähle für jede Kategorie nur eine Analyseeinheit pro Dokument. Auf diese Weise wird dargestellt, in wie vielen Dokumenten sich Analyseeinheiten finden, die der jeweiligen Kategorie zugeordnet werden können.⁸⁸ Eine Frequenzanalyse, die auf absoluten Häufigkeiten beruht, d.h. alle Kategorienzuordnungen zählt, würde zu einem verzerrten Bild führen, da die verschiedenen Dokumententypen (Richtlinie, Leitlinien etc.) von ihrer Länge, ihrer thematischen Bandbreite und ihren Schwerpunkten her sehr unterschiedlich

⁸⁷ Vorschlag von Prof. Schreier in der Forschungswerkstatt »Inhaltsanalyse«.

⁸⁸ Beispiel: Als Ergebnis lässt sich sagen, dass in fünf von zehn Vorgaben die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Angebotspolitik genannt wird, ob dieses Ziel in den jeweiligen Dokumenten ein- oder mehrmals genannt wird, wird nicht berücksichtigt.

sind. Wo es von der Anzahl der Dokumente her möglich ist, wird die Frequenzanalyse für die jeweiligen Dokumententypen getrennt aufgeführt. Die Beschreibung der Ergebnisse erfolgt im Text, eine tabellarische Darstellung findet sich in Anhang II.

Gütekriterien

Zum Abschluss soll noch kurz auf die Gütekriterien der Inhaltsanalyse eingegangen werden. Die quantitative Forschung nennt drei zentrale Gütekriterien, welche für die qualitative modifiziert herangezogen werden können:⁸⁹ Objektivität, Reliabilität und Validität. Nach Bortz und Döring (2002) spielen die Kriterien Objektivität und Reliabilität eine eher untergeordnete Rolle.

Da *Objektivität* nie ganz erreichbar ist, wird das Kriterium der Nachvollziehbarkeit bzw. Intersubjektivität gewählt (vgl. Knapp 2005: 23). Dieses wird durch das bisher geschilderte systematische Vorgehen gewährleistet (vgl. Rustemeyer 1992: 140).

Unter *Reliabilität* versteht man nach Mayring (2007: 109) die Zuverlässigkeit, Stabilität und Genauigkeit der Messung sowie die Konstanz der Messbedingungen. Dies soll gewährleisten, dass unterschiedliche Forscher zu verschiedenen Zeitpunkten zu dem selben Ergebnis kommen (vgl. Knapp 2005: 21). Reliabilität ist bei der qualitativen Inhaltsanalyse dann gegeben, wenn die Analyseeinheiten verlässlich denselben Kategorien zugewiesen werden. Dies wird vor allem durch eine gute Kategorienexplikation erreicht. Die Reliabilität lässt sich messen, indem das Material mehrfach codiert wird, entweder von verschiedenen Codierern oder wenn dies – wie im vorliegenden Fall – nicht möglich ist, durch dieselbe Codiererin nach einem gewissen zeitlichen Abstand. Zur Messung der Inter- bzw. Intra-Coder-Übereinstimmung können verschiedene Koeffizienten gebildet werden (vgl. Stemmler 2001), dies unterbleibt jedoch in dieser Arbeit.

Validität fragt nach der Gültigkeit der Ergebnisse, d.h. danach, ob das gemessen wurde, was gemessen werden sollte, bei der Inhaltsanalyse speziell ob Kategorien und Material zusammenpassen (vgl. Mayring 2007: 109). Bei der Abbildung der im Text vorhandenen Bedeutungsinhalte/Dimensionen (nicht jedoch bei Rückschlüssen auf den Autor oder Leser, was in dieser Arbeit jedoch nicht relevant ist) ist dieses Kriterium nach Rustemeyer (1992: 140) durch das Verfahren gegeben. Die Validität wird über weiche Indikatoren erreicht, der Text muss interpretiert

⁸⁹ Zur Kritik an den quantitativen Kriterien und zur Erarbeitung eigenständiger Kriterien für die qualitative Inhaltsanalyse vgl. Mayring 2007: 208ff.

werden, um die Kategorienzuordnung zu ermöglichen, auf diese Weise wird sichergestellt, dass die Textbedeutung erfasst wird.

Das Problem der *Repräsentativität* der Stichprobe stellt sich bei dieser Arbeit nicht, da eine Vollerhebung erfolgt.

4.2 Phase I (1957-1973)

Umfeldbeschreibung

Die erste Untersuchungsphase beginnt mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge und damit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1957. Sie endet 1973, dem Jahr der ersten Erweiterung der Gemeinschaft sowie der ersten Ölkrise und damit dem Ende der nahezu (wirtschafts-)krisenfreien Nachkriegsjahre. 1957 schlossen sich Frankreich, Deutschland, Italien und die drei Beneluxstaaten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammen. In Artikel 2 des Gründungsvertrags (EWGV) legten sie als Ziele die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes sowie die Annäherung der mitgliedstaatlichen Wirtschaftspolitik fest. In den ersten Jahren der Integration waren jedoch nur Fortschritte in Bezug auf das erste Ziel feststellbar, die Zollunion wurde bereits 1968, und damit zwei Jahre früher als geplant, vollendet. Auf dem Gebiet der wirtschaftspolitischen Koordinierung geschah hingegen in der Anfangszeit recht wenig. Ein wesentlicher Grund hierfür lag in der unterschiedlichen Ausrichtungen der mitgliedstaatlichen Wirtschaftspolitik, vor allem Deutschland wich unter der konservativen Adenauer- bzw. Erhard-Regierung vom interventionistischen Kurs der anderen Länder, insbesondere Frankreichs, ab. Dies änderte sich erst 1966 mit dem Eintritt der SPD in die Regierung und verfestigte sich durch den Übergang zur sozialliberalen Koalition 1969 (vgl. Gros 2002: 102). Damit war der Weg für eine gemeinschaftliche Koordinierung frei, was an der deutlich steigenden Anzahl der Vorgaben seit Mitte der 1960er Jahre festgemacht werden kann.

In der gleichen Zeit erlebte der Integrationsprozess unter dem Stichwort ›Politik des leeren Stuhls‹ seine erste Krise: Ab dem Jahr 1966 waren laut EWGV in bestimmten Sachgebieten Ratsentscheidungen mit qualifizierter Mehrheit möglich geworden. Um dies zu verhindern, blieb Frankreich vom 1. Juli 1965 an den Sitzungen der EWG-Gremien fern, bis mit dem Luxemburger Kompromiss im Januar 1966 jedem Land bei gemeinschaftlichen Entscheidungen, die seine vitalen Interessen betreffen, ein Veto eingeräumt wurde (vgl. Weidenfeld 2006: 21). Ein weiteres wichtiges Ereignis im Integrationsprozess war die in den Fusionsver-